Beschlussvorlage

2009-2014/SR-128/1

Status: öffentlich

Amt: Fachbereich 6 Bau

Erstellungsdatum: 05.04.2012

Betreff:

Bauvorhaben Ersatzneubau Brücke Friedenstraße in Gladau, BW GL02

Beratungsfolge:		Abstimmung			
		Ja	Nein	Enthal- tung	Mitwirkungs- verbot gem. § 31 GO LSA
Sitzungsdatum	Gremium				
02.05.2012	Bau- und Vergabeausschuss				
10.05.2012	Stadtrat der Stadt Genthin				

Ergebnis der Abstimmung: beschlossen abgelehnt

Es wird nunmehr um Entscheidung wie folgt gebeten:

1. Ersatzneubau unter Beachtung der gemäß Bescheid des Landkreises beauftragten naturschutzrechtlichen Belange und damit Fortführung der Planung und Inanspruchnahme von Zuwendungen (ländlicher Wegebau) und Sicherung der zusätzlichen finanziellen Anforderungen
2. Durchführung des Widerspruchsverfahrens und damit Festhalten am Entwurf im bisherigen Finanzierungsrahmen (200 T€)
3. Verzicht auf den Ersatzneubau, Ertüchtigung und Gestaltung ausschließlich für Fußgänger und Radfahrer (20 T€)

Sichtvermerk/Datum:			
	Fachbereichsleiter/in		Bürgermeister

Für den Ersatzneubau der Brücke Friedenstraße in Gladau wurde bei der Unteren Wasserbehörde (UWB) im Januar 2011 ein Antrag auf Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis gestellt.

Die UWB hat dazu die Untere Naturschutzbehörde (NatSchB) beteiligt und deren Stellungnahme der Stadt Genthin übermittelt.

Diese Stellungnahme enthielt naturschutzrechtliche Auflagen, die zu einer Kostenerhöhung von 20-25 T€ führen würden.

Zu den Auflagen gehörten:

1. naturschutzrechtliche Befreiung von den Verboten des LSG „Möckern-Magdeburgerforth“
2. Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung
3. Kompensationsmaßnahmen in räumlicher Nähe zum Bauvorhaben
4. Anbau einer Berme an der Brücke für den Fischotter.

Nach Einbeziehung des Stadtrates am 07.04.2011 hat die Stadt Genthin diese Forderungen und die Bauausführung abgewiesen.

Nach mehrfacher fachlicher Auseinandersetzung mit der UWB und der NatSchB liegt nunmehr die wasserrechtliche Erlaubnis vor.

Diese enthält neben den wasserrechtlichen Auflagen zum Bauvorhaben nur noch eine naturschutzrechtliche Auflage:

- Schaffung einer Trockenquerungshilfe (Berme, Tunnel etc.)

Danach kann die Herstellung eines Ottertunnels mit einer Röhrenhöhe von 80 cm alternativ geprüft werden.

Aus fachlicher Sicht ist eine Trockenröhre allerdings nicht umsetzbar, da der zu beachtende Wasserstand im Graben diesem Vorschlag technisch widerspricht.

Darüber hinaus ist diese Variante aus wirtschaftlichen Gründen hinsichtlich der Folgekosten für die Unterhaltung nicht zu empfehlen.

Die Anforderungen an die Herstellung einer Otternberme hat die NatSchB konkret vorgegeben, ist allerdings von der vorhergehenden Vorgabe abgewichen.

Diese Vorgaben unterschreiten die Anforderungen des maßgeblichen Regelwerkes zur Herstellung von Schutzmaßnahmen für Otter und Biber und stellen somit absolute Mindestanforderungen dar.

Dennoch ergibt sich daraus das Erfordernis zur Anpassung im Rahmen der weiterführenden Planung, wenn auch im minimierten Umfang.

Zudem hat diese naturschutzrechtliche Auflage weiterhin eine Kostenerhöhung zum bisherigen Entwurf zur Folge, die jedoch unter den 20-25 T€ Mehrkosten als Folge der ersten Stellungnahme der NatSchB liegen wird.

Die konkreten materiellen Anforderungen werden durch den Fachplaner zeitgleich zur Vorlagenerstellung erarbeitet und können als Tischvorlage konkretisiert werden.

Nach bisheriger fachlicher Bewertung ist davon auszugehen, dass für einen weitergehenden Widerspruch keine ausreichende und erfolgversprechende Begründung vorgetragen werden kann und ein Widerspruchsverfahren zu Gunsten der Stadt Genthin damit in Frage zu stellen ist.

Um die Beschlussfassung des SR zu sichern, wurde vorerst form – und fristgerecht ein Widerspruch eingelegt, der nach entsprechender Beschlussfassung im SR wieder zurückgezogen werden kann, was fachlich zu empfehlen ist.

Die naturschutzrechtliche Auflage wird mit einer nachgewiesenen zeitweiligen Besiedlung mit Fischotter und der hohen Wahrscheinlichkeit einer dauerhaften Ansiedlung begründet. Demzufolge ist die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH RL) zu beachten, nach der Fischotter auf der Roten Liste als eine vom Aussterben bedrohte Art stehen und somit dem höchsten Schutzstatus untersteht.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass mit dem endgültigen Bescheid eine Reduzierung der baulichen Anforderungen, die aus der Schutzforderung für die Fischotter hervorgehen, angenommen werden können.

Mit dieser überarbeiteten Vorgabe kann die Durchlasshöhe der Brücke reduziert werden und daraus schlussfolgernd reduzieren sich auch die zusätzlichen Bauaufwendungen und statischen Anforderungen.

Dies führte zu einem geringeren , zusätzlichen finanziellen Aufwand.

Dieser wird aktuelle berechnet und zur Vorlagenbehandlung konkretisiert.

Nach wie vor ist aber davon auszugehen, dass zusätzliche finanzielle Mittel aufzubringen sind.

Unter den vorliegenden Rahmenbedingungen ist somit eine Grundsatzbetrachtung zum Bauvorhaben erforderlich.

Bei der Brücke handelt es sich um ein Bauwerk im Zuge eines an die öffentliche Gemeindestraße anschließenden ländlichen Weges.

Damit werden die Anforderungen an das Bauwerk vom land- bzw. forstwirtschaftlichen Verkehr bestimmt.

Der Nutzungsgrad ist bisher nicht belegt, aber auf Grund der anliegenden Flächennutzungen als landwirtschaftliche Nutzung/ Forstnutzung zu bestimmen.

Die Nutzung der Brücke ist gemäß der Einstufungsberechnung im bestehenden Zustand lediglich bis 6 t zulässig, so dass das Bauwerk derzeit zu sperren ist.

Somit sind die land- und forstwirtschaftlichen Flächen derzeit über die L 54 und die Bahnhofstraße in der OL Dretzel erreichbar.

Unstrittig ist von einem Mehraufwand für die örtliche Landwirtschaft auszugehen.

Die grundsätzliche Anbindung ist allerdings gesichert.

Im bisherigen Verfahren wurde bereits ein Widerspruch zur behinderten Nutzung über die Brücke im LSA vorgetragen.

Als betroffene Kommune wurde dazu ein Standpunkt abgegeben, der die unabweisbare Umsetzung zur Wiederherstellung der Brücke in Frage gestellt hat, da es sich nicht um eine öffentliche Straße der Gemeinde handelt.

Damit ist durch den SR grundsätzlich zu entscheiden, wie in dieser Angelegenheit weiter zu verfahren ist.

Zusammengefasst ergeben sich 3 mögliche Vorgehensweisen, wobei aus fachlicher Sicht das Widerspruchsverfahren dabei keine ausreichenden Erfolgsaussichten vorgibt.

Dies berücksichtigend, wäre damit die Anerkennung der minimierten Auflagen, gem. vorliegendem Bescheid verbunden und Bereitstellung zusätzlicher Kosten im Interesse der Wiederherstellung des Brückenbauwerkes mit voller Belastbarkeit und uneingeschränkter landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Nutzung zu entscheiden.

Darüber hinausgehend wäre alternativ zu entscheiden, ob die landwirtschaftliche/forstwirtschaftliche Nutzung aufgegeben wird und das vorhandene Brückenbauwerk lediglich für den Fußgänger und Radfahrerverkehr ertüchtigt wird.

Der diesbezügliche Kostenaufwand wird mit ca. 20,00 T€ eingeschätzt.

Von einer vorhergehenden Beratung der Vorlage im OR Gladau wird abgesehen, da nach dortiger Vorberatung zum Sachverhalt von einem Ersatzneubau der Brücke ausgegangen werden kann.

Rechtsgrundlage: Straßenrecht

Anlage : Lageplanübersicht

Finanzielle Auswirkungen :		
1. Ausgaben		
Haushaltsstelle:	Höhe der Ausgabe pro Jahr	
a) Planmäßige Ausgabe	lfd. Jahr	
	2012	
	2013 usw.	
b) über-/außerplanmäßige Ausgabe		
Deckung aus: Ausgabeesparung bei Mehreinnahmen bei		
2. Auswirkungen auf:		
a) Personalkosten		
b) Sachkosten		
c) zu erwartende Einnahmen		
3. Auswirkungen auf Stellenplan:		
Anzahl Stellenerweiterung		Anzahl Stellenreduzierung
4. Beteiligung der Kommunalaufsicht		
Anzeigepflichtig ☐		Genehmigungspflichtig ☐
5. Bemerkungen des Fachbereichs Finanzen		
6. Mitzeichnungen		
Sachbearbeiterin Frau Stach Datum 05.04.2012		